

SB: [REDACTED]
Sektion VI, Abteilung VI/9

Betreff: Informationsveranstaltung - Internationale Verhandlungen für ein neues Plastikabkommen (2. April 2024)

Am 2. April 2024 fand eine Informationsveranstaltung zu den internationalen Verhandlungen für ein neues Plastikabkommen statt. Die Liste der Teilnehmer:innen ist angeschossen. Veranstaltet und durchgeführt wurde das Treffen von den Abteilungen VI/9 und VI/10.

In dem Treffen wurde der aktuelle Stand der Verhandlungen, insbesondere der Revised Zero Draft (ZD) von [REDACTED] und [REDACTED] näher vorgestellt, insb. einleitende Bestimmungen im 1. Teil, Teil 2 der vorwiegend inhaltlich-technische Aspekte abdeckt, Teil 3 zur Finanzierung und Kapazitätsaufbau, Teil 4 der v.a. Bestimmungen zur Einhaltung der Verpflichtungen enthält, sowie Teil 5 mit institutionellen Bestimmungen des künftigen Abkommens.

[REDACTED] (BMK) erkundigte sich, unter welchen Aspekten das Thema Recycling im Abkommen behandelt wird. Was die Beimischung recycelter Anteile betrifft, wird das Thema laut Renate Paumann unter dem Gesichtspunkt „Design“ besprochen, sowie im Kapitel Abfall.

Auf EU-Ebene wiederum werden Diskussionen zum Plastikabkommen in der Ratsarbeitsgruppe für internationale Umweltfragen (WPIEI Global) behandelt. [REDACTED] (BMK) gab einen Überblick zum Ambitionsniveau unterschiedlicher Vertragsstaaten: Zu den Ambitionierten gehören Mitglieder der „High Ambition Coalition“ (HAC), der nicht nur die EU als solche, sondern auch AT beigetreten ist. Ein Zusammenschluss kritischer Vertragsstaaten, die etwa dem Thema, ob der ganze Lebenszyklus umfasst werden soll, kritisch bis ablehnend gegenüberstehen bildet eine sog. „likeminded“-Gruppe, zu der Staaten in der Golf-Region rund um Saudi-Arabien, aber auch Russland und Kuba zählen.

[REDACTED] (BMK) betonte die Wichtigkeit eines Compliance-Mechanismus und erkundigte sich über finanzielle Beiträge AT's zur Unterstützung des Verhandlungsprozesses. Ein solcher ist für Arbeiten in der Zeit zwischen den Verhandlungsrunden, sowie für INC-5 vorgesehen.

[REDACTED] (FCIO) erkundigte sich nach den Verpflichtungen, die in Nationalen Aktionsplänen festgeschrieben werden. Es wurde dazu erklärt, dass im Abkommen ein

globales Ziel aufgenommen wird, welches durch Nationale Aktionspläne für Staaten ergänzt wird. Diesbezüglich werde es unterschiedliche Verpflichtungen für unterschiedliche Bestimmungen geben.

Im Zusammenhang mit dem Thema der „Plastic Pollution Fee“ wurde seitens des FCIO mit Hinblick auf die EU-intern bereits existierende Plastikabgabe hingewiesen, eine Doppelbelastung zu vermeiden. Der Großteil der Kunststoffe werde nicht in Europa produziert, daher soll man in Europa auch nicht die alleinige Verantwortung dafür tragen.

██████████ (BMEIA) erkundigte sich nach den Positionen der USA sowie der OECD-Mitglieder: Es wurde erklärt, dass sich die USA konstruktiv an den Verhandlungen beteiligen, bei Detailfragen aber noch keine genaue Position übernehmen. Der Zeitplan, bis Ende 2024 die Verhandlungen abzuschließen ist ambitioniert, vor dem Hintergrund anstehender US-Wahlen mit geringeren Chancen für Fortschritte im kommenden Jahr legen nahe, den Zeitplan einzuhalten. OECD-Staaten zeigen sich in den Verhandlungen bisher auch ambitioniert.

Ambitionierte Staaten, v.a. Mitglieder der HAC, verfolgen weiterhin das Ziel eine Reduktion der Plastikproduktion im Abkommen zu verankern. Das Thema Mikroplastik/Einwegplastik wird in den Verhandlungen gleichwertig mit dem Abfallthema behandelt.

Beim Thema „chemicals- and polymers of concern“ ist es realistisch, dass solche in einer Liste, im Anhang des Abkommens aufgenommen werden.

██████████ (BKA) wollte wissen, inwieweit Alternativen zu Plastik im EU-Kontext ein Thema in den Verhandlungen spielen. Die EU hält ihre Position dazu offen, das Thema könne ein Teil der Lösung darstellen.

Der FCIO erkundigte sich, ob auch eigene Institutionen zur Bekämpfung der Plastikverschmutzung geschaffen werden, etwa zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung. Eigene Verwaltungskörper dazu werden nicht vorgesehen, das künftig eingerichtete Sekretariat wird aber die Aufgabe haben, die Umsetzung in allen Bereichen zu unterstützen. Im Bereich der Meeresverschmutzung wird auch eine internationale Zusammenarbeit, etwa mit der IMO (International Maritime Organisation) erstrebenswert sein.

██████████ (Greiner AG) wies auf die Schwierigkeit der Frage hin, wer eine „In-Verkehrbringungsgebühr“ zahlen müsse hin. V.a. die Polymerindustrie tue sich damit schwer, einzelne „Brands“ sind hier schon weiter. Erklärt wurde, dass im Klimabereich wirtschaftl. Implikationen etwa unter „response measures“ behandelt werden, auch im künftigen Abkommen werde das Thema aufkommen.

■■■■■ wollte wissen, ob ein eigener Umsetzungsrechtsakt in der EU erforderlich ist. Im derzeitigen Stadium der Verhandlungen ist diese Frage aber noch verfrüht, weil erst ersichtlich werden muss inwieweit Verpflichtungen ausgestaltet werden.

Die Frage von ■■■■■ (BMK), ob es ein alleiniges Verhandlungsmandat der Europäischen Kommission gibt, wurde verneint, weil es sich um ein „gemischtes Abkommen“ handelt und daher die Kommission und die MS an den Verhandlungen teilnehmen.

Zuletzt wurde ein Ausblick zu den künftigen Verhandlungsrunden (INC-4 im April 2024 und INC-5 im Herbst 2024) gegeben. Ziel von INC-4 ist, den Text des Revised Zero Drafts zu „streamlinen“, sprich, von den vielen Optionen für eine Bestimmung, einige zu streichen oder sich bestenfalls sogar schon auf eine Option zu einigen, falls der Inhalt dazu unbestritten ist. Entscheidend ist die Frage, was zwischen den Verhandlungsrunden geschehen wird. Möglich sind eigene Workshops auf technischer Ebene. Eine andere Option ist, zusätzliche Verhandlungen abzuhalten, etwa an den UN-Sitzen in Nairobi, Genf, Bangkok oder in Wien. Entschieden werden muss dies in INC-4. Nach dieser Verhandlungsrunde werde man sich EU-intern auch Gedanken dazu machen müssen, welche Ziele man im Abkommen unbedingt verankert sehen möchte und welche man nachgeben könne. Hierfür ist es wichtig, festzulegen, was als Minimum feststehen soll.

Im ersten Halbjahr 2025 soll in einer diplomatischen Konferenz das Abkommen angenommen werden. Derzeit gibt es mehrere Angebote von Staaten zur Abhaltung (Senegal, Kiga-Lima (Ruanda und Peru) und Gerüchte darüber, dass auch Frankreich oder Schweiz sich um die Abhaltung bemühen werden.

Eine nächste Informationsveranstaltung ist vor der nächsten Verhandlungsrunde geplant.

Liste der Teilnehmer:innen:

[REDACTED] (BMK) – Sitzungsleitung
[REDACTED] (BMK)
[REDACTED] (BMK)
[REDACTED] (BMK)
[REDACTED] (BMK)
[REDACTED] (BMK)
[REDACTED] (BMK)
[REDACTED] (BMK)
[REDACTED] (BMK)
[REDACTED] (BMK)
[REDACTED] (BMEIA)
[REDACTED] (BKA)
[REDACTED] (FCIO)
[REDACTED] (Borealis)
[REDACTED] (Greiner AG)